

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,  
liebe Albstädter Bürger,

der Gemeinderat wird heute den Haushalt für das Jahr 2010 mit Mehrheit beschließen. Das kommunalpolitische Bündnis ZUG lehnt diesen Haushalt ab.

### **Worum geht es bei diesem Haushalt?**

- Dieser Haushalt ist **eine Kampfansage an die Mehrheit der Albstädter Bevölkerung**, insbesondere an die Jugend und die Familien mit Kindern.
- Er ist **ein Krisenprogramm**, das die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die überwiegende Mehrheit der Albstädter Bevölkerung abwälzen will.
- Die vorgeschlagenen **Maßnahmen überschreiten alles bisher Dagewesene. Sie leiten die Zerschlagung kommunaler Einrichtungen und Errungenschaften ein.**

### **Wer heute diesem Haushalt zustimmt, der stimmt für folgendes Programm:**

- dass Familien mit Kindern in Kindergärten und Ganztagsbetreuung mit monatlich zwischen 6 und 40 Euro mehr belastet werden
- dass Familien, nun auch noch mit höheren Gebühren für fast ausnahmslos jede städtische Leistung belastet werden – und zwar Familien, deren Lage in den letzten Jahren schon durch Kurzarbeit, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und Zuzahlungen, durch erzwungene Teilzeitarbeit oder gar Entlassungen angegriffen wurde
- dass bedürftigen Menschen mit einem Strich der Sozialpass entzogen oder der Seniorenausflug ersatzlos gestrichen wird
- dass das kulturelle, sportliche, musische Niveau einer Vielzahl der Kinder unserer Stadt abgesenkt wird, weil immer mehr Eltern erhöhte Beiträge zu Sportvereinen, zur Musikschule, zu kulturellen Veranstaltungen nicht mehr zahlen können
- dass durch die beabsichtigten Maßnahmen ganze Einrichtungen wie die Musikschule, die Volkshochschule und die städtische Galerie in Frage gestellt und Vereine zu Einschränkungen und Beitragserhöhungen gezwungen werden
- dass der Bildungshunger von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen faktisch nichts mehr zählt, weil die Stadtbücherei heruntergefahren wird und die Stadtteilbüchereien schrittweise dran glauben müssen
- dass Menschen in dieser Stadt nun zusehen müssen, wie ihrer wertvollen Arbeit Schritt um Schritt der Boden unter den Füßen weggezogen wird, ... und zwar Bürger, die sich mit kultureller und sozialer Kompetenz und vielfach auch ehrenamtlich vorbildlich gegenüber Kindern und Jugendlichen oder älteren Menschen in unserer Stadt einbringen. Deren Arbeit bislang bei Festreden gern wortreich gepriesen wurde.
- dass die Stadt selbst durch Personalabbau, Herabdrücken von Beschäftigten in Teilzeitarbeit, dazu noch befristet oder als billige Honorarkräfte sich einreicht in die verantwortungslose Politik der Großunternehmen – mit einer Personalpolitik, die Menschen vielfältig in Schwierigkeiten bringt, materiell und was die Sozialversicherung und zukünftige Renten betrifft

- dass die Arbeit der Hausmeister und Putzfrauen, der Schulsekretärinnen und der Angestellten bei den Ortsverwaltungen ohne konkrete Sachkenntnis vor Ort einfach mir nichts dir nichts zum sogenannten „Einsparpotential“ wird
- Diese Liste lässt sich weiter fortführen, und manchen hier im Saal ist das noch nicht genug. Sie haben noch ganz andere Dinge im Sinn in den kommenden Monaten und Jahren.
- Da wird es um die Schließung und Verlagerung von bis zu 6 Schulen – auch Grundschulen und das Progymnasium Tailfingen – gehen, zu Lasten der Lern- und Lebensqualität der Kinder und Familien in Albstädter Stadtteilen.
- Mindestens das Onstmettinger und das Langenwandbad stehen zur Disposition.
- Und ebenso die demokratischen Rechte der Teilortschaften.

Ist das etwa Ihr Verständnis von „kinderfreundlich“ und „Sportstadt Albstadt“, meine Damen und Herren?

Wie auf einem Basar ist es in den letzten Monaten in diesem Haus teilweise zugegangen. Hektisch, drunter und drüber. Mit Papierbergen, deren Inhalt der Bevölkerung möglichst lange verheimlicht werden sollte und Tagesordnungen bis nachts um halb zwölf. Feilschend und teilweise entwürdigend, nach dem Motto „wer bietet mehr“ beim Aufbürden der Lasten für die Bevölkerung. Da konnte einem regelrecht übel werden.

**Für ZUG sind die sozialen und kulturellen Errungenschaften  
und Rechte, die Bildungseinrichtungen für die Bevölkerung, die Musikschule und die  
Galerie nicht verhandelbar!**

**Den Haushalt auf dem eingeschlagenen Weg konsolidieren zu wollen, ist reines  
Wunschdenken.**

- Der vorliegende Haushalt **verschärft sogar die chronische Strukturkrise der städtischen Finanzen**. 12 Millionen neuer Kredite werden aufgenommen und weitere 5 Millionen bei den Albstadtwerken entzogen. Das wird Folgen haben. Die Reserven sind aufgelöst. Die Schuldenlast der Stadt wird immer drückender.
- In seinen **perspektivischen Prognosen** beruht dieser Haushalt auf **Hoffen und Glauben**, wie der Herr Oberbürgermeister selbst in seiner Haushaltsrede ausführte.
- Aber die herrschende Wirtschafts- und Haushaltspolitik folgt nicht solchen idealistischen Wunschvorstellungen.
- Die herrschende Wirtschafts- und Haushaltspolitik folgt den gandenlosen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Sicherung von Maximalprofiten.
- Da kommen sogar immer mehr Klein- und Mittelbetriebe in existentielle Bedrohung.
- So ist auch die Erfüllung Ihres Glaubens an 15 Millionen Gewerbesteuereinnahmen für 2010 – meine Damen und Herren – noch lange nicht ausgemacht.
- **Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise ist keineswegs überwunden**. Die gigantische Schuldenmacherei durch die Regierungen mit Milliarden und Billionen zugunsten der Krisenverursacher bereitet einen neuen offenen und tieferen Ausbruch der Krise vor.
- Der Albstädter Haushalt ist nur ein **Teil des landes-, bundes- und europaweiten Systems der Umverteilung von unten nach oben**, bei dem die Reichen mit all ihren Rettungsschirmen immer reicher, und die Masse der Bevölkerung dagegen immer ärmer werden.

Angesichts dessen ist es **ein Skandal**, wenn die Spitzenpolitiker in Albstadt sich in einer regelrechten **Stimmungsmache** seit Monaten überbieten:

Alles müsse auf den Prüfstand,  
es gäbe keine Tabus mehr,  
angeblich hätten wir alle über unsere Verhältnisse gelebt usw.

### **Wie weit ist es denn her mit dem Droh-Szenarium *es gäbe keine Tabus*?**

Das ist doch nur an die breite Mehrheit der Bevölkerung gerichtet. Wenn es um ihre eigenen großen Tabus geht, dann werden die, die sich so weit aus dem Fenster lehnen plötzlich ganz kleinlaut oder schweigen sich aus:

### **Das erste große Tabu ist die Gewerbesteuer.**

Die Gewerbesteuer ist eines der ganz wenigen Felder der inzwischen weitestgehend ausgehöhlten Selbstverwaltung der Kommunen, wo die Gemeinde noch ein kleines bisschen Einfluss hat.

Albstadt hat seit 25 Jahren diese Steuer nicht mehr erhöht. Albstadt liegt im unteren Drittel vergleichbarer Städte.

Da gibt es manche Rechtfertigungen wie: „den Firmen das Leben nicht noch schwerer machen“. Das schade den Arbeitsplätzen, usw.

Aber den Familien, den Jugendlichen, den Kindern, den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Angestellten kann man offensichtlich sehr wohl das Leben noch schwerer machen!

Ich frage Sie meine Damen und Herren: Haben etwa die 25 Jahre Stillhaltepolitik bei der Gewerbesteuer die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen bei Groz-Beckert, bei Dyonis Hofmann, bei Mayer&Cie und jetzt Conta verhindert?

Die Antwort ist eindeutig nein. Kein einziger Arbeitsplatz wurde mit dieser Stillhaltepolitik erhalten.

Das ist die Wirklichkeit hier und anderswo.

### **Eine Anhebung der Gewerbesteuer ist nötig.**

**ZUG fordert die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 40 Punkte, das sind 10 %.**

Das ist nach 25 Jahren nur recht und billig. Die Gewerbesteuer ist gewinnorientiert. Kleingewerbetreibende, kleine und viele Mittelunternehmen werden von einer Anhebung weniger berührt. Meist können diese die Gewerbesteuer sogar mit der Einkommensteuer verrechnen.

### **Das zweite große Tabu sind die Millionenzahlungen der Stadt Albstadt an die Banken.**

In den letzten 10 Jahren hat die Stadt Albstadt allein 43,8 Millionen an Zins und Tilgung aus Steuergeldern gezahlt.

Es ist unverantwortlich, diese enorme Last noch zu vergrößern.

Wenn Albstadt dieses Jahr 11,4 Millionen neue Kredite aufnimmt, sind gleichzeitig 4,4 Millionen an Zinsen und Tilgung fällig.

Mehr als 1/3 der neuen Schulden steht also der Stadt nicht einmal zur Verfügung.

Dieses Geld fließt direkt an die Banken zurück.

Und was ist das Fazit?

Die 4 Millionen., die mit den heutigen Maßnahmen der Albstädter Bevölkerung genommen werden, sind allein dazu da, die anfallenden Zinsen und Tilgungen an Banken zu zahlen. Dazu also dient das ganze kommunale Krisenprogramm!

**Das ist unzumutbar.**

Es muss damit Schluss sein, dass sich die Banken in der Finanz- und Wirtschaftskrise auch noch an den Schulden der öffentlichen Haushalte bereichern können!

Andere Kommunen in Deutschland, haben bereits ein Schuldenmoratorium gefordert.

Dazu gehören über 24 Großstädte in NRW.

Albstadt muss den engen Schulterschluss mit diesen Gemeinden suchen und andere Kommunen in unserer Region dafür gewinnen.

**Das Märchen von einer angeblich alternativlosen Situation ist unhaltbar.**

**Für eine sofortige Aussetzung der Zahlungen für Zins und Tilgung;  
nötig ist ein entschiedener Kampf um ein Schuldenmoratorium,  
gemeinsam mit anderen Kommunen.**

Liebe Albstädter, meine Damen und Herren,

schon im Vorfeld dieser heutigen Sitzung ist es in Albstadt zu einer Fülle von Protesten und Widerstand gegen die geplanten Angriffe gekommen, an einer Bandbreite wie nie zuvor.

Es wäre sehr interessant und aufschlussreich, wenn der Herr Oberbürgermeister hier einen vollständigen Überblick gegeben hätte, wie viel Protestschreiben, Anrufe etc. er bis zu dieser Sitzung bekommen hat. Protestschreiben von Einzelpersonen, Gruppen, Vereinen ... und zu welchen Fragen.

Wie viele Gespräche mussten von den Albstädter Spitzenpolitikern und in der Verwaltung in den letzten Wochen geführt werden, weil sich Unmut, Wut und Empörung breit machten?

Wie auch immer:

Ich erinnere

an die über 2000 Unterschriften zum Erhalt der Stadtbüchereien in allen Stadtteilen,

an die Leserbriefe für den vollen Erhalt der Galerie,

an die Proteste von Lehrern, Schülern und Eltern für den vollen Erhalt der Musikschule,

an die Proteste in der örtlichen Presse gegen eine weitere Verschlechterung unserer Lebenssituation bis hin zu den Schlaglöchern in bestimmten Wohngebieten Albstads, an die erfolgreiche Stadtrundfahrt des ZUG mit Ortsterminen und sachkundigen Albstädter Bürgern

usw.

Das ist für Albstadt eine neue Ausgangslage. Und diese Ausgangslage ermutigt.

Die Auseinandersetzung ist mit der Verabschiedung des Haushalts keineswegs zu Ende.

**ZUG erklärt an dieser Stelle ohne Wenn und Aber:**

**Wir werden die Bevölkerung Albstads,**

**die Familien und Jugendlichen nicht im Stich lassen,**

**wenn sie sich gegen die Abwälzung der Krisenlasten zur Wehr setzen.**

**Die Albstädter Bevölkerung kann sich der uneingeschränkten und uneigennütigen Solidarität unseres Bündnisses sicher sein.**

**Denn wie sagte schon Bert Brecht:**

**WENN UNRECHT ZU RECHT WIRD,  
WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT**

Albstadt, den 24. Juni 2010

Christiane Kasprik

Stadträtin

Kommunalpolitisches Wahlbündnis ZUG

(ZUG – zukunftsorientiert \* unabhängig \* gemeinsam)